III. Die zeitgeschichtliche Forschung

Horst Möller

Die Weimarer Republik in der zeitgeschichtlichen Perspektive der Bundesrepublik Deutschland während der fünfziger und frühen sechziger Jahre: Demokratische Tradition und NS-Ursachenforschung*

I

Bonn ist nicht Weimar – auf diese prägnante Formel brachte der Schweizer Publizist Fritz René Allemann 1956 das politische Selbstverständnis der frühen Bundesrepublik. Bonn sollte von Beginn an nicht Weimar werden, könnte man hinzufügen: Diesem Thema widmete sich Friedrich Karl Fromme in seiner 1960 veröffentlichten Studie *Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz*, die die verfassungspolitischen Konsequenzen analysierte, die der Parlamentarische Rat 1948/1949 aus dem Scheitern der Weimarer Demokratie und der Begründung der NS-Diktatur gezogen hatte.

Schon einmal hatten deutsche Verfassungsväter versucht, ein Staatsgrundgesetz aufgrund verfassungsrechtlicher Vorbilder optimal zu gestalten. Doch argumentierte man in der Weimarer Nationalversammlung mit den Konstitutionen anderer Staaten und den aus ihnen mehr oder weniger zutreffend abgeleiteten Modellen eines „echten“ oder „unechten Parlamentarismus“: Diesen Fiktionen des 1918 publizierten Buches von Robert Redslob folgten die Ideengeber der Weimarer Verfassung, allen voran Hugo Preuß und Max Weber. Im Bonner Museum Koenig aber zog man 1948/1949 Folgerungen aus der eigenen Geschichte: der noch allen Beteiligten lebhaft gegenwärtigen Erfahrung mit Demokratie und Diktatur.

* Hier ist keine systematische Literaturübersicht beabsichtigt, sondern eine Skizze der Forschungsschwerpunkte unter Berücksichtigung des Wechselverhältnisses wissenschaftlicher und politischer Fragestellungen. Die im Text mit Titel und Erscheinungsjahr genannten Werke werden in den Anm. nicht mehr eigens aufgeführt. Stark erweiterte und bis in die 1980er Jahre fortgeführte Fassung in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beiträge zur Wochenzeitung Das Parlament* 31. Mai 1987.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland stellt also zweifelsfrei den Versuch dar, aus der Geschichte zu lernen, und der Versuch gelang. Dieser Lernprozeß ging vom Konnex zwischen der Weimarer Demokratie und der NS-Diktatur aus und mußte von ihm ausgehen, da das Scheitern der Demokratie untrennbar mit Aufstieg und Sieg des Nationalsozialismus verbunden war. Die Geschichte der Weimarer Republik wurde ebenso wie die der NS-Diktatur in einen größeren historischen und systematischen Rahmen eingeordnet; so verschiedene Deutungsversuche wie Friedrich Meineckes *Deutsche Katastrophe* und Alexander Abuschs *Irrweg einer Nation* von 1946 demonstrierten ebenso wie Gerhard Ritters *Europa und die deutsche Frage* von 1948 das Bemühen um tiefere historische Fundierung der Interpretation – Jahre bevor eine wissenschaftliche Weimar-Forschung überhaupt in Gang kommen konnte.

Die frühen Auseinandersetzungen mit der NS-Diktatur resultierten zunächst und primär aus moralischer Kritik und weniger aus wissenschaftlichem Interesse. In der unmittelbar nach 1945 beginnenden Diskussion über die Kontinuität der deutschen Geschichte und die historischen Wurzeln der NS-Diktatur ging es immer auch um Rettung oder schmerzhaftes Korrektur der jeweiligen Geschichtsbilder der Interpreten; moralische Empörung und ihre Instrumentalisierung für politische Pädagogik führten schnell zur Frage nach den näheren und weiteren Ursachen für die 1933 kulminierende Entwicklung. Durch die Gründung der Bundesrepublik stimuliert, verdichtete sich das Lehrstück totalitärer Herrschaft zur Trias: Scheitern der Weimarer Demokratie, NS-Diktatur, Neuaufbau der Demokratie in Westdeutschland.

Die Ausdehnung der sowjetischen Herrschaft über ganz Ostmitteleuropa, die im Frühjahr 1948 erfolgende Etablierung einer Marionettenregierung in der Tschechoslowakei – die viele zeitgenössische Beobachter an Hitlers ungefähr zehn Jahre zurückliegenden analogen Coup erinnerte –, die 1946 herbeigeführte Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone, schließlich die Berlin-Blockade von 1948/1949 bekräftigten diese antidiktatorische Prämisse und erweiterten sie zum antitotalitären Grundkonsens der demokratischen politischen und gesellschaftlichen Kräfte, in dem sich beispielsweise die Vorsitzenden beider großen Parteien, Konrad Adenauer und Kurt Schumacher, einig waren: Das dominierende politische Selbstverständnis der Bundesrepublik basierte bis weit in die sechziger Jahre hinein auf der doppelten Frontstellung zur nationalsozialistischen Diktatur der jüngsten Vergangenheit und der unmittelbar gegenwärtigen kommunistisch-sowjetischen Diktatur im anderen Teil Deutschlands, die deutsche Frage wurde auf diese Weise zu einer Funktion gegensätzlicher Herrschaftssysteme.

Dieser Antikommunismus beschränkte sich keineswegs auf die CDU/CSU, sondern herrschte ebenso in SPD und FDP.

Die Frage nach den Gründen für das Scheitern der Weimarer Demokratie implizierte immer die Frage nach der Verallgemeinerungsfähigkeit des Weimarer Beispiels und der Nutzenanwendung für die Stabilisierung der bundesrepublikanischen Demokratie.

II

Der unverkennbare Paradigmenwechsel, der sich in der Erforschung der Weimarer Republik im Lauf der sechziger Jahre ergab, änderte nichts an der konstitutiven Fragestellung: Zwar trat die bis dahin dominante Analyse der Auflösung 1930–1933 zeitweise zugunsten der eingehenderen Untersuchung der revolutionären Übergangsphase von der Monarchie zur Demokratie 1918/1919 zurück, doch besaß auch sie seit Mitte der 1960er Jahre einen unverkennbaren Aktualitätsbezug auf die innenpolitische Konstellation der Bundesrepublik und entsprang wissenschaftlich dem gleichen Motiv: War die Auflösung der Demokratie durch Strukturdefekte des Weimarer Staates wenn schon nicht verursacht, doch zumindest außerordentlich begünstigt worden, dann mußten diese Konstruktionsmängel bereits in dieser Entstehung 1918/1919 begründet liegen und analysiert werden. Auch der Beginn der Republik stand zwangsläufig unter der Perspektive ihres Scheiterns.

Die Konzentration der Forschung auf die Anfangs- bzw. die Schlußjahre implizierte die gleiche Konsequenz. Die mittleren Jahre der Weimarer Republik blieben ebenso ein Stiefkind der Forschung wie die doch zweifelsfrei vorhandenen Leistungen des Weimarer Staates und die politischen und gesellschaftlichen Fortschritte, die er im Vergleich zur abgelösten Monarchie wilhelminischer Prägung erzielte. Das Wissen der Nachlebenden um den schnellen Untergang dieses unter den denkbar ungünstigsten Umständen unternommenen Versuchs zur Gründung der ersten demokratischen Republik in Deutschland prägte und prägt bis heute die Bewertung. Das Experiment scheiterte: Von diesem Ergebnis kann keine geschichtswissenschaftliche Deutung absehen – und das macht notwendig ihre Problematik aus. Auch die Beurteilung der Politik Friedrich Eberts und der Mehrheitssozialdemokratie von 1918/1919 oder der Deflationspolitik Reichskanzler Heinrich Brünnings seit 1930 – um nur diese beiden Beispiele zu nennen – geht meist stärker von der Erfahrung der Jahre 1933 bis 1945 aus als vom zeitgenössischen Kontext. Die funktionale Geschichtsbetrachtung dominiert hier eindeutig gegenüber der historistischen, um Verstehen bemühten.

Ein instruktives Beispiel für die Konzentrierung des Forschungsinteresses auf die Anfangs- und Schlußphase der Weimarer Republik bietet die Parteigeschichte, die vor allem dank der 1951 in Bonn gegründeten ‚Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien‘ zu einem der zentralen Forschungsfelder der Weimar-Historiographie wurde. Die dort in den fünfziger und sechziger Jahren veröffentlichten parteigeschichtlichen Untersuchungen, allen voran Rudolf Morseys grundlegendes Werk *Die deutsche Zentrumspartei 1917–1923* (1966), behandeln in der Regel die ersten Jahre der *Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems*, wie Gerhard A. Ritter diese Phase genannt hat¹. Und auch die Untersuchungen von Werner Liebe über die DNVP (1956), Wolfgang Hartenstein über die DVP (1962), Lothar Albertin über DDP und DVP (1972) bis hin zu Susanne Millers zweibändiger

¹ In: *Eberhard Kolb* (Hrsg.), *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik* (Köln 1972) 244–275.

Geschichte der SPD 1914–1920 (1974/1978) konzentrieren sich auf die ersten Jahre oder die unmittelbare Vorgeschichte der Revolution.

Der bis heute unentbehrliche Sammelband, den Erich Matthias und Rudolf Morsey 1960 unter dem Titel *Das Ende der Parteien 1933* herausgaben, bezog für die einzelnen Parteien die Endphase der Weimarer Republik in unterschiedlichem Maße ein und setzte gewissermaßen den Kontrapunkt – Gründungs- und Auflösungsgeschichte der Parteien sind bis heute im allgemeinen ungleich besser erforscht als die mittleren Jahre, wenngleich in Einzelbereichen jüngst Abhilfe geschaffen wurde².

Doch blieben und bleiben die Forschungslücken insgesamt trotz zahlreicher wichtiger Arbeiten, in denen beispielsweise die KPD sowie einige kleinere Parteien für den gesamten Zeitraum dargestellt worden sind, noch groß³. Der Aufstieg des Nationalsozialismus wurde von jeher nicht ausschließlich unter parteigeschichtlichen Leitfragen untersucht, sondern konzentrierte sich seit Konrad Heidens schon 1932 publizierter *Geschichte des Nationalsozialismus* immer auch auf die Ideologiegeschichte im weiteren Sinn, in die das antidemokratische Umfeld mit einbezogen wurde, zum Beispiel durch so unterschiedliche Darstellungen wie Otto-Ernst Schüddekopfs *Linke Leute von rechts* (1960), Kurt Sontheimers *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik* (1962), oder Armin Mohlers zuerst 1950 publiziertes und 1972 bibliographisch umfassend erweitertes Buch *Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932*. Eine erste Gesamtdarstellung legte bereits 1957 in den USA Klemens von Klemperer vor, 1962 erschien sie auch in deutscher Übersetzung: *Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*. Seit Mitte der 1960er Jahre erlahmte das Interesse an dieser politischen Gruppierung etwas und auch gegenwärtig scheint es beispielsweise in Frankreich größer zu sein als in der Bundesrepublik⁴.

Einen Höhe- und Wendepunkt der ersten Phase ideologiegeschichtlicher Erforschung der Zeit nach 1918 bildet zweifellos Ernst Noltes großes Werk *Der Faschismus in seiner Epoche* (1963), das stärker als alle anderen bis dahin veröffentlichten Werke einer typologisch-komparatistischen Methode folgte, zugleich aber den Faschismusbegriff historisierte, indem es die faschistischen Bewegungen als Antwort auf die bolschewistische Revolution von 1917 begriff.

² Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924* (Berlin–Bonn 1984); ders., *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930* (Bonn–Berlin 1985). – Herbert Hömig, *Das Preußische Zentrum in der Weimarer Republik* (Mainz 1979); Rudolf Morsey (Bearb.), *Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933* (Mainz 1969); ders./Karsten Ruppert (Bearb.), *Die Protokolle der Reichstagsfraktion ... der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925* (Mainz 1981).

³ Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik* (Frankfurt/M. 1969); Hermann Weber, *Die Wandlungen des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik* (Frankfurt/M. 1969). Weitere Lit. zu den Parteien: Horst Möller, *Weimar. Die unvollendete Demokratie* (München 1987) 248–250.

⁴ Stellvertretend: Louis Dupeux, *Nationalbolschewismus in Deutschland 1919–1933* (München 1985, zuerst frz. 1976); Gilbert Merlio, *Oswald Spengler. Témoin de son temps*, 2 Bde. (Stuttgart 1982).

Eine modernen Ansprüchen genügende Geschichte des gesamten Parteiensystems und der Weimarer Parteien steht wohl noch für längere Zeit aus⁵.

III

Die Parteigeschichte war im übrigen der Bereich der Weimar-Forschung, in der ein bis heute lesenswerter Vorläufer existiert: Sigmund Neumanns 1932 veröffentlichte schmale, aber empirisch und konzeptionell sehr gehaltvolle Studie *Die politischen Parteien in Deutschland*, die Karl Dietrich Bracher 1965 neu herausgab. Neumann, der seinerseits den auf frühere Epochen konzentrierten Werken von Robert Michels und Ludwig Bergsträsser folgte und dem die zeitgenössische wahlsoziologische Pionierstudie von Johannes Schauff über das Zentrum vorausging⁶, entwarf eine Typologie der Parteien, die er in späteren Werken während der Emigration weiterentwickelte und die besonders in seiner Unterscheidung von „Repräsentationsparteien“ und „absolutistischen Integrationsparteien“, fruchtbar wurde: Mit dem letztgenannten Begriff interpretierte er die radikalen Neugründungen KPD und NSDAP und lieferte einen Schlüssel zum Verständnis für das Versagen des Weimarer Parteiensystems: Die traditionellen Integrationsparteien klassenspezifischer Provenienz – wie die SPD – und konfessioneller Provenienz – wie die Zentrumspartei – konnten mit einer dynamischen Integrationspartei, einer „Bewegung“ – wie der NSDAP – in Vermittlung und Integration antagonistischer ökonomischer, gesellschaftlicher und ideeller Interessen ebensowenig konkurrieren wie die liberalen Honoratioren- oder Repräsentationsparteien, ganz zu schweigen von den zahlreichen kleinen Interessenparteien.

Die Dominanz der Parteigeschichte war nicht zufällig, hatte man doch bald die von Gustav Radbruch bereits 1930 konstatierte „Parteienprüderie“ als einen der Weimarer Strukturfehler erkannt⁷. Sie führte 1919 zu einer Verfassung, die die Existenz der Parteien zwar voraussetzte, sie aber nur einmal und bekanntlich negativ abgrenzend erwähnte. So wie die Verfassungsväter 1949 im Artikel 21 des Grundgesetzes der Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung ausdrücklich verfassungsrechtlichen Rang gaben, so entwickelte sich seit den fünfziger Jahren eine fundierte historische und politikwissenschaftliche Partei- und Verbändeforschung, die ihrerseits von der gegenwartsbezogenen Erkenntnis profitierte, daß sich die in einer Demokratie wesensnotwendige politische und gesellschaftliche Pluralität der Interessen und Kräfte

⁵ Gesamtgeschichten des deutschen Parteiwesens, in denen auch die Weimarer Republik (meist knapp) behandelt wird: *Ludwig Bergsträsser*, Geschichte der Politischen Parteien in Deutschland, völlig überarb. u. hrsg. von *Wilhelm Mommsen* (München-Wien 11 1965); *Walter Tormin*, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848 (Stuttgart usw. 3 1968); *Heino Kaack*, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems (Opladen 1971); *Wolfgang Treue*, Die deutschen Parteien vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart (Frankfurt/M. usw. 1975).

⁶ *Johannes Schauff*, Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, hrsg. u. eingel. von *Rudolf Morsey* (Mainz 1975).

⁷ *Gustav Radbruch*, in: *Gerhard Anschütz/Richard Thoma*, Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1 (Tübingen 1930) 293.

organisatorisch konkretisiert, ohne daß dies die politische Entscheidungskompetenz von Parlament und Regierung paralysieren müsse oder dürfe.

Neumanns strukturelle Typologie und Ortung der extremistischen Parteien korrespondierte durchaus dem antitotalitären Selbstverständnis der Bundesrepublik, stimulierte aber zugleich die Frage nach den Gründen für das Versagen der demokratischen Weimarer Parteien. Damit weitete sich nicht nur die historische Parteiforschung auf die Zeit vor 1918 aus – erinnert sei beispielsweise an Thomas Nipperdeys 1961 erschienene *Organisation der deutschen Parteien vor 1918* –, sondern stellte auch die Ursachenforschung vor eine neue Aufgabe. Nicht zufällig befaßte sich denn auch die erste, 1952 von der erwähnten Bonner Kommission veröffentlichte Monographie der späteren SPD-Bundestagsabgeordneten Helga Timm mit dem für Jahrzehnte wichtigen Thema *Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930*.

Die mangelnde Integrationskraft der demokratischen Weimarer Parteien wurde damit ebenso exemplarisch konkretisiert wie einige Jahre später die Frage, inwiefern das 1919 entgegen den Mahnungen Friedrich Naumanns eingeführte Verhältniswahlssystem eine Zersplitterung des Parteiwesens bewirkt und seit 1930 die Wahlerfolge der NSDAP begünstigt oder sogar ermöglicht habe. Auch in bezug auf diese Frage existierte eine schon während der Weimarer Republik begründete Tradition der Kritik, deren Protagonist vor allem der spätere Zentrumsabgeordnete Johannes Schauff gewesen ist: Er hatte bereits 1929 ein Sammelwerk mit dem Titel *Neues Wahlrecht. Beiträge zur Wahlreform* herausgegeben, zu deren Verfassern u. a. er selbst, Karin Schauff und der Sozialdemokrat Carlo Mierendorff zählten. Die in diesem Werk enthaltene Propagierung des Mehrheitswahlrechts nahm Ferdinand A. Hermens nach einer noch 1933 in Deutschland herausgebrachten Vorstudie im amerikanischen Exil wieder auf, als er 1941 sein dann auch 1951 in deutscher Sprache erschienenenes Werk *Demokratie oder Anarchie? Untersuchung über die Verhältniswahl* veröffentlichte. Als während der Großen Koalition erneut über die Einführung des Mehrheitswahlrechts bei Bundestagswahlen diskutiert wurde, erschien 1968 eine weitere deutsche Auflage. Die etwas überspitzte These lautete: In Deutschland sei nicht die Demokratie gescheitert, sondern ihre durch die Verhältniswahl geschwächte Variante. Auch in dieser Frage hatte sich 1948/1949 der Parlamentarische Rat von den Weimarer Erfahrungen leiten lassen und ein gemischtes Wahlsystem eingeführt, das im Wahlgesetz durch die sog. Fünfprozentklausel ergänzt wurde.

In welchem Ausmaß auch Kräfte außerhalb des Parteiensystems, insbesondere Reichspräsident Hindenburg und seine politischen Berater, seit 1929 destabilisierend auf dieses letzte parlamentarische Kabinett der Weimarer Republik gewirkt haben, bildete eine weitere zentrale Frage der Weimar-Forschung, die in Brachers *Auflösung der Weimarer Republik* beantwortet wurde und die ihrerseits bereits 1949 zu verfassungspolitischen Konsequenzen geführt hatte, indem die Volkswahl des Staatsoberhauptes beseitigt und seine Kompetenzen erheblich vermindert wurden. In der Interpretation des Reichspräsidenten von Hindenburg stehen sich, von Detailfragen bzw. seinen Anfangsjahren einmal abgesehen, noch heute zwei Auffassungen gegenüber: Die eine besagt, ohne Hindenburg wäre die Weimarer Demokratie schon früher zu-

sammengebrochen⁸, die andere hält bereits die Wahl Hindenburgs 1925 für eine schwere Niederlage der Weimarer Demokratie und beurteilt sein Amtsverständnis, seine Amtsführung und seine Persönlichkeit äußerst kritisch⁹.

Mit der letzten im strengen Sinne parlamentarischen Regierung ließ die früheste Gesamtdarstellung, Arthur Rosenbergs in zwei Bänden 1928 und 1935 publizierte *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*, den Weimarer Staat 1930 enden. Für die Auflösungsphase lieferte diese seit 1955 immer wieder neu aufgelegte, scharfsinnige Interpretation denn auch lediglich mittelfristig-strukturelle Gründe, aber keine konkrete Analyse mehr. Ihre stimulierende Wirkung auf die Revolutionsforschung ist unten noch kurz zu behandeln.

Außer den erwähnten Werken existieren kaum weitere Untersuchungen aus der Zeit vor 1945, die der Weimar-Forschung den Weg wiesen. Zeitgenössische Analysen von solchem Rang wie die Studie Sigmund Neumanns besitzen ohnehin Seltenheitswert, und während der NS-Diktatur war keine unvoreingenommene Erforschung der Weimarer Demokratie möglich.

Auch die Historiker unter den Emigranten bearbeiteten zunächst andere Themen. Zwar erschienen nach dem Krieg noch einige zeitgenössische Studien von großem Gewicht, doch im allgemeinen erst seit Beginn der sechziger Jahre: Die erste für die politische Sozialgeschichte der Mentalitäten grundlegende Untersuchung dieser Art, die 1933 nicht mehr erscheinen konnte, veröffentlichte 1963 das Institut für Zeitgeschichte: Rudolf Heberles *Landbevölkerung und Nationalsozialismus* analysiert die politische Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932, die in der 1962 publizierten Kieler Habilitationsschrift von Gerhard Stoltenberg ebenfalls behandelt worden war. Erst sehr viel später folgten dann 1977 Hans Speiers *Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus* und 1980 Erich Fromms sozialpsychologische Studie *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches*, die im Kontext der Untersuchungen über den „autoritären Charakter“ des Frankfurter und später New Yorker Instituts für Sozialforschung entstanden waren.

Diese Studien waren nicht nur mit einem für die Historiker ungewohnten Instrumentarium erarbeitet, sie blieben auch lange Zeit unbekannt. Anders als die spätere NS-Forschung besaß die Weimar-Forschung keine großen konzeptionellen Vorläufer innerhalb der zeitgenössischen Politikwissenschaft, wie sie zwei wegweisende, im amerikanischen Exil verfaßte Strukturanalysen darstellen: Franz Neumanns zuerst 1942 publizierte Studie, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944* (dt. 1977) sowie Ernst Fraenkels 1941 ebenfalls in den USA veröffentlichtes Buch *Der Doppelstaat. Recht und Justiz im Dritten Reich* (dt. 1974).

Ein beide zeitgeschichtlichen Themenkomplexe verbindendes und der politischen Entwicklung des Ost-West-Gegensatzes nach 1945 korrespondierendes Erklärungsmodell bildete indes die Totalitarismus-Theorie, in deren weiteren Rahmen auch Arnold Brechts, 1944 im amerikanischen Exil zuerst publizierte knappe, aber gehaltvolle

⁸ So zuletzt *Hagen Schulze*, Weimar. Deutschland 1917–1933 (Berlin 1982).

⁹ So zuletzt *Horst Möller*, Weimar.

Analyse der Auflösungsphase der Weimarer Republik gehört. Sie gewann durch die Verbindung mittelfristiger struktureller Belastungsfaktoren der Demokratie, modellhafter Interpretationskategorien wie „Totalitarismus“ und „Faschismus“ sowie ereignisgeschichtlicher Nachzeichnung der letzten Jahre der Weimarer Republik fortwirkende wissenschaftliche Bedeutung. Bereits 1948 erschien in Wien eine deutschsprachige Ausgabe¹⁰.

Brecht ging wie die anderen Politikwissenschaftler, die mit dem Totalitarismus-Modell arbeiteten, von der klaren Gegensätzlichkeit von Demokratie und Diktatur aus, die durch keine Begriffsspielerei wegzudiskutieren ist, und für die sich Ansätze bereits in Friedrich Meineckes 1930 publiziertem Aufsatz *Nationalsozialismus und Bürger-tum* finden¹¹. Meinecke bezeichnete damals Kommunismus und Nationalsozialismus als die beiden „Mühlsteine“, die „an Staat und Gesellschaft reiben“ und die „von einer letzten, tiefsten, *gemeinsamen soziologischen Ursache* getrieben“ seien. Meineckes zeitgenössische Erfahrung der zerstörerischen Wirkung von NSDAP und KPD gegenüber der Weimarer Demokratie präfigurierte den antitotalitären Grundkonsens der Demokraten in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik. So gewann das vor allem von Carl J. Friedrich und Zbigniew Brzezinski Ende der Dreißiger Jahre in den USA definierte – und beispielsweise in Hannah Arendts weit ins 19. Jahrhundert zurückgreifendem, zuerst englisch 1955 und dann deutsch 1958 veröffentlichtem Werk *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* konkretisierte – politikwissenschaftliche Totalitarismuskonzept große Überzeugungskraft für die historische Erfassung der deutschen und europäischen Geschichte seit 1917.

IV

Auf der Basis dieser Fragestellungen erarbeitete Karl Dietrich Bracher die erste fundamentale Strukturanalyse der Weimarer Republik, die bis heute nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt hat. Brachers immer wieder nachgedrucktes Buch *Die Auflösung der Weimarer Republik* ist heute ein international anerkanntes Standardwerk. Das war nicht immer so. Bei seinem Erscheinen löste es heftige Kritik aus – Kritik, die sowohl aus methodischen als auch politischen Motiven resultierte.

Die politische Auseinandersetzung entzündete sich an Brachers kritischer Interpretation des Reichskanzlers Brüning, aber auch an seiner Darstellung des Preußenschlags vom 20. Juli 1932, in der das Ausbleiben massiven Widerstandes der demokratischen Kräfte – vor allem auch von Seiten der SPD, der Preußenregierung und der Gewerkschaften – kritisch analysiert wurde. Hierdurch fühlten sich besonders mehr oder weniger beteiligte Zeitgenossen wie der ehemalige preußische Innenminister Carl Severing sowie der frühere Ministerialdirektor Arnold Brecht provoziert.

Die methodischen Einwände richteten sich gegen politikwissenschaftliche Fragestellungen Brachers, der eine funktionale Analyse des Machtverfalls der Demokratie

¹⁰ *Arnold Brecht*, Vorspiel zum Schweigen. Das Ende der deutschen Republik (Wien 1948).

¹¹ In: *Friedrich Meinecke*, Werke, Bd. 2. Hrsg. v. *Georg Kotowski* (Darmstadt 1958) 444.

lieferte, nicht aber eine am traditionellen Historismus orientierte intentionale Interpretation: Dieser Methodenwechsel indizierte die grundsätzliche Richtung der historischen und politikwissenschaftlichen Weimar-Forschung und die enge Bindung der erkenntnisleitenden Interessen an Gründung und Entwicklung der Demokratie in Westdeutschland, die beispielsweise auch in Ernst Fraenkels wegweisenden vergleichenden Studien über die historischen Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus seit Ende der 1950er Jahre zum Ausdruck kamen und dann seit Ende der 1960er Jahre in Fraenkels Kritik am „Räte-mythos“ mit gegensätzlicher politischer Stoßrichtung komplementiert wurden¹².

Für anfänglich herbe Kritik wurde Bracher nach einigen Jahren entschädigt: So konnte er die 1970 erfolgte postume Publikation der Brüning-Memoiren, die ihm noch nicht zugänglich waren, als Bestätigung seiner Analysen empfinden – auch wenn ihre durchgängige Authentizität mit guten Gründen bezweifelt worden ist¹³. So konnte Bracher vor allem Genugtuung empfinden, daß einer seiner schärfsten Kritiker, Werner Conze, schon bald sein Urteil revidierte, zumindest aber stark modifizierte. 1957 behauptete Conze in einer Rezension in der *Historischen Zeitschrift* trotz Anerkennung seines erheblichen historischen Ertrags sei Brachers Werk „in seinen Grundlagen methodisch fragwürdig“. Zwei Jahre später bedauerte Conze in einer erneuten Besprechung der im wesentlichen unveränderten Neuauflage von Brachers Werk in der HZ, in der früheren Rezension seien ihm einige ungerechte überspitzte Formulierungen unterlaufen: „Die Besprechung der ersten Auflage war das Ergebnis einer Herausforderung durch die Grundlagenprobleme.“ Die Bedeutung des bisher einzigen umfassenden Werks über die Weimarer Republik, das wissenschaftlichen Rang besitze, sei durch die Notwendigkeit einer Neuauflage anerkannt worden¹⁴.

In der Tat traf Brachers Methode den Nerv zeitgeschichtlicher Forschung: Da er aber nicht nur Postulate aufstellte, wie Zeitgeschichte zu schreiben sei, sondern immer wieder seine methodischen Maximen realisierte, erlangten seine Werke die angemessene Wirkung. Schon 1960 veröffentlichte Karl Dietrich Bracher zusammen mit Gerhard Schulz und Wolfgang Sauer ein weiteres grundlegendes Werk, *Die Nationalsozialistische Machtergreifung*. 1969 folgte die erste umfassende Gesamtdarstellung des Nationalsozialismus, *Die deutsche Diktatur*, 1976 schließlich eine groß angelegte Synthese, *Die Krise Europas 1917–1975*, die stärker als einige andere Arbeiten vom Totalitarismus-Modell ausging und deren Wille zu politischer Erziehung unverkennbar ist. Der Gegensatz von Demokratie und Diktatur bildet den Schlüssel der Interpretation, die Mahnung vor der totalitären Versuchung angesichts der seit Ende der 1960er Jahre

¹² Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien* (Stuttgart 1973).

¹³ Karl Dietrich Bracher, Brünings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19 (1971) 113–123; Werner Conze, Brüning als Reichskanzler. Eine Zwischenbilanz, in: Historische Zeitschrift 214 (1972) 310–334; Rudolf Morsey, Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings ‚Memoiren 1918–1934‘ (Opladen 1975).

¹⁴ Diese Rezensionen finden sich in der Historischen Zeitschrift 183 (1957) 378–382; sowie 187 (1959) 407 f.

unverkennbaren Renaissance marxistischer Bewegungen ist unübersehbar. Allerdings ist das zeitgeschichtliche Werk Karl Dietrich Brachers mit dem Wort ‚Totalitarismus-Modell‘ nur sehr unvollkommen charakterisiert, hatte er doch bereits in seinem 1956 in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* veröffentlichten Aufsatz *Stufen totalitärer Gleichschaltung* auf das Herrschaftsprinzip *divide et impera*, die Existenz konkurrierender Machtgruppen und damit einer polyzentrischen Herrschaftsstruktur innerhalb der Führerdiktatur hingewiesen – mehr als zehn Jahre, bevor die Kennzeichnung der NS-Diktatur als „polykratisch“ zu einer breiten Interpretationsrichtung ausgebaut wurde.

Die Kontroverse über die Auflösung der Weimarer Republik war mit Werner Conze's Selbstrevision noch keineswegs abgeschlossen, begründete er doch in verschiedenen Aufsätzen seine Auffassung, das Präsidialkabinett Brüning sei keineswegs, wie Bracher meine, die erste Stufe zur Auflösung der Weimarer Republik gewesen, sondern der letzte Versuch, den demokratischen Rechtsstaat zu retten¹⁵. Brünings Instrumentalisierung der Staats- und Verfassungskrise für die Lösung außenpolitischer Probleme, insbesondere der Reparationsfrage, ist dabei ebenso wenig umstritten, wie die innenpolitische Zielsetzung, das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem von Weimar – bei Bewahrung seiner Rechtsstaatlichkeit – durch die faktisch bereits eingetretene verfassungsrechtliche Stärkung des Reichspräsidenten in Richtung auf einen Quasi-Konstitutionalismus oder gar eine konstitutionelle Monarchie zurückzubilden.

Bei dieser Frage geht es tatsächlich nicht um die zweifelsfreie Integrität Brünings, der von seinen Nachfolgern persönlich und politisch scharf zu unterscheiden ist. Auch geht es nicht um die unbelegbare Behauptung, Brüning habe die Krise bewußt herbeigeführt. Er hat sie für seine Zielsetzung auszunutzen versucht, aber erfunden hat er sie nicht. Die permanente Krisenhaftigkeit der Weimarer Republik und die von Anfang an bestehende Schwäche der Großen Koalition, die ja viele Monate brauchte, bevor sie sich überhaupt als Koalition verstand und zu einer alle Partner einbeziehenden formellen Absprache gelangte, die wirtschaftspolitische Krise, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die mangelnde gesellschaftliche und parlamentarische Integrationskraft und Bündnisfähigkeit der Parteien – dies alles waren keine Konsequenzen, sondern Voraussetzungen Brüning'scher Politik¹⁶.

Die sachlich entscheidenden beiden Fragen dieser Kontroverse lauten also: Hatte sich das parteienstaatliche System von Weimar zur Lösung der massiven ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Probleme als so unfähig erwiesen, daß eine im strengen Sinn systemkonforme Lösungsmöglichkeit nicht mehr bestand und des-

¹⁵ Vgl. u.a. *Werner Conze*, Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1919–1933, in: *ders./H. Raupach* (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33 (Stuttgart 1967) 176–252.

¹⁶ Vgl. u.a. Anm. 8, 9; *Rudolf Morsey*, in: Deutschlands Weg in die Diktatur. Hrsg. von *Martin Broszat*, *Ulrich Dübber*, *Walther Hofer*, *Horst Möller*, *Heinrich Oberreuter*, *Jürgen Schmädke*, *Wolfgang Treue* (Berlin 1983) 126 ff. passim; *Horst Möller*, Das Ende der Weimarer Demokratie und die nationalsozialistische Revolution von 1933, in: *Martin Broszat/Horst Möller* (Hrsg.), Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte (München 1986) 9–37.

wegen die Suche nach Alternativen notwendig war? Von der Beantwortung dieser Frage hängt in der Tat die grundsätzliche Einschätzung der Regierung Brüning ab, wenngleich sich die Bewertung einzelner schwerwiegender Fehler, wie der Reichstagsauflösung vom 18. Juli 1930, dadurch nicht ändert. An dieser verhängnisvollen Entscheidung war allerdings nicht allein Brünings Fehlbeurteilung des Wahlausgangs schuld, sondern auch die übrigen demokratischen Parteien bzw. das gesamte Kabinett, in dem sich keine Stimme gegen die vorzeitige Neuwahl erhob.

Zu dieser ersten Grundfrage tritt eine zweite: Hat Brünings Politik objektiv die Auflösung der Weimarer Verfassungsordnung durch sein Präsidialkabinett und die Politik der Notverordnungen begünstigt? Die Antwort kann auch dann bejahend ausfallen, wenn man Brünings Intentionen und seine Lagebeurteilung vom Frühjahr 1930 teilt. Denn die Wirkung des von ihm kurz vor dem Scheitern der Großen Koalition ausgearbeiteten Kompromißvorschlags zur Rettung des Kabinetts Hermann Müller beurteilte er selbst als kurzfristig: Für den Herbst 1930 rechnete er so oder so mit dem Ende der Großen Koalition. Lautet die Antwort, zwar sei im Frühjahr 1930 rechnerisch eine parlamentarische Regierung möglich gewesen, aber nicht mehr politisch, dann bekommt Brünings Regierung insgesamt den Charakter eines Rettungsversuchs in nahezu aussichtsloser Lage, der aber eben deswegen unternommen werden mußte. Argumentiert man von den Strukturmängeln des politischen Systems her, dann lautet die konsequente Schlußfolgerung: Der unausgewogene Kompromiß der Verfassung zwischen einem parlamentarischen und einem präsidentiellen Regierungssystem bot in Form der präsidentialen Minderheitsregierung mit Notverordnungen – die unter anderen Konstellationen und Personen bereits 1922/1923 praktiziert wurde – einen Ausweg. Ein solcher, längere Zeit praktizierter Ausweg aber verließ den Boden des auf die Integrationsfähigkeit der Parteien angewiesenen konsequenten Parlamentarismus. Die bloße Möglichkeit nicht-parlamentarischer Lösungen aber bot den Parteien die Flucht aus der Verantwortung geradezu an, wie sich dann wieder bei der Auflösung des Reichstags im Juli 1930 zeigte: Die verhängnisvollen Nebenwege, die die Verfassung offen ließ, wurden je länger je mehr zwangsläufig zu Abwegen¹⁷.

Die Differenz der intentional-situationsbezogenen und der funktional-strukturellen Deutung bildet den methodologischen Kern dieser Kontroverse. Sie nahm einen alten Disput über die Unterschiede naturwissenschaftlicher und geisteswissenschaftlicher Methode, wie sie beispielsweise Heinrich Rickert beschrieben hatte, wieder auf, und verwies zugleich auf künftige Kontroversen der späten sechziger und frühen siebziger Jahre, bei denen es um die Frage ging, ob und in welchem Maß typologisierend-generalisierende sozialwissenschaftliche Methoden mit der individualisierend-historisierenden Methode der Geschichtswissenschaft vereinbar seien¹⁸.

¹⁷ Vgl. Möller, Weimar, 163, 202.

¹⁸ Vgl. statt vieler mit weiterer Lit. Theodor Schieder, *Geschichte als Wissenschaft* (München-Wien 1968) 195 ff.; Karl-Georg Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (München 1971 u. ö.); Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Geschichte und Soziologie* (Köln 1972); Winfried Schulze, *Soziologie und Geschichtswissenschaft* (München 1974); Jürgen Kocka, *Sozialgeschichte. Beispiel – Entwicklung – Probleme* (Göttingen 1977).

Schon Conze wandte gegen Bracher ein: „Ist die Weimarer Republik wirklich ein ‚typisches Modell‘ für die Auflösung einer Demokratie? Sofern sich der Verfasser nicht wiederholt selbst verbessert, wird mit einem weitgehend unhistorischen Begriff der Demokratie gearbeitet“¹⁹. Und Waldemar Besson sekundierte 1959 in seinem Werk, *Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik*, das übrigens erstmals einen Perspektivenwechsel von der reichspolitischen zur föderativen Problemstellung brachte: „Gegen die Subsumierung der Ära Brüning unter ein ‚typisches Modell‘ einer Entwicklung von der parlamentarischen Demokratie zum totalen Staat wird der Historiker ihre Individualität zu betonen haben. Sie setzte in den Traditionen des deutschen Obrigkeitsstaates einen spezifischen geschichtlichen Boden voraus. Dem politischen und institutionellen Ergebnis dieses Rückgriffs vermag deshalb eine Typisierung nur ungenügend gerecht zu werden.“²⁰ Und Besson unterzog im folgenden seinerseits die politische Prämisse Brünnings, der in den Traditionen deutschen politischen Denkens stehend Staatsräson über Parteiräson gestellt habe, einer kritischen Betrachtung, wenngleich er die Politik der „Sachlichkeit“ aus württembergischer Perspektive als positiv beurteilt.

Diese Kritik zielte also nicht im Vordergrundigen Sinn auf eine politisch motivierte Rettung Brünnings, sondern auf eine Grundfrage der zeitgeschichtlichen Methode.

Karl Dietrich Bracher selbst war sich der Neuartigkeit seines Ansatzes selbstverständlich bewußt. Im Vorwort betonte er 1955, es gehe nicht allein um die Rankesche Frage, wie es eigentlich gewesen sei, wie es dazu kommen konnte, die eine solche Untersuchung im Bereich der historischen Forschung legitimiere: „Darüber hinaus umschließt jene Epoche, die der Zeitgeschichte angehört und zugleich so überaus spürbar in unser politisches Dasein hineinwirkt, ein echtes Problem der *politischen Wissenschaft*, die in der Weimarer Republik ein in bestimmten Grenzen ‚typisches‘ Modell für die Probleme der Erringung und Erhaltung, des Abbaus und Verlusts politischer Macht erfaßt“²¹. Und auch in späteren Auflagen bekannte Bracher, die Kritik habe ihn nicht davon abbringen können, an der Verbindung historischer, soziologischer und politikwissenschaftlicher Fragestellungen festzuhalten und sie für einen fruchtbaren Zugang zu halten.

Auch Hans Herzfeld, der Brachers Werk eine Einleitung voranstellte, bekannte sich ausdrücklich zu diesem methodischen Weg. Herzfeld sah wohl das zeitweilige Unverständnis, wenn er 1955 betonte, der 1933 herbeigeführte Abbruch in der Entwicklung von Sozial- und Politikwissenschaft in Deutschland erschwere die Rezeption ihrer systematischen Methoden. Eine derartige Schlußfolgerung dränge sich dem Betrachter dieser Disziplinen in Frankreich, England und den USA mit „sehr empfindlicher Schärfe“ auf. Um so notwendiger sei eine, die verschiedenen Disziplinen zusammenfassende, systematische Fragestellung der Wissenschaft von der Politik, stelle doch die „Auflösung der Weimarer Demokratie, der Sieg des autoritären und totalen Staates

¹⁹ Werner Conze, in: HZ 183 (1957) 380. Allerdings konzedierte auch Conze damals, Brachers Werk sei das erste, das wissenschaftlich weiterführe und Neuland betrete.

²⁰ Besson, *Württemberg*, 359f.

²¹ Karl Dietrich Bracher, *Auflösung* (1971) XVIII (Vorwort 1955).

über die Idee der politischen Freiheit im Herzen Europas, die vielleicht erschütterndste und als Warnung lehrreichste Erfahrung in der politischen Geschichte dar, die der wissenschaftlichen Beobachtung heute zugänglich ist, solange das Gleiche für die östliche Welt noch nicht oder zumindest nicht in gleichem Maße der Fall ist“²².

Inzwischen haben sich die prinzipiellen Bedenken gegen eine strukturanalytische Methode in der Geschichtswissenschaft weitestgehend zerstreut, Brachers Pioniertat innerhalb der Zeitgeschichtsschreibung ist auch von denjenigen anerkannt, die seiner Beurteilung Brünings nicht folgen.

V

Standen während der beiden ersten Jahrzehnte nach 1945 die Auflösung der Weimarer Republik und ihre Ursachen im Vordergrund der Analyse und wurden in den letzten Jahren einige der schon früher erörterten Probleme wieder aufgenommen, so richtete sich seit den frühen 1960er Jahren die Aufmerksamkeit zunehmend auf die Strukturprobleme ihrer Gründung. Wenngleich auch sie nie aus dem Blickfeld verschwunden war, so erlangte die Erforschung der revolutionären Übergangsphase doch von den frühen 1960er Jahren bis weit in die Mitte der 1970er Jahre die größte Aufmerksamkeit. Auch dieses Forschungsinteresse war deutlich von den politischen Problemen und Auseinandersetzungen der eigenen Zeit stimuliert, zumindest erzielte es im Kontext der Parlamentarismus-Kritik der Neuen Linken und ihrer direktdemokratischen Theorien erhebliche Breitenwirkung.

Die politische Erfahrung, aus der heraus die Bonner Verfassungsväter die plebiszitäre Komponente der Weimarer Verfassungsordnung ablehnten, da sie lediglich agitatorisch-destruktive Bedeutung für das politische System von Weimar gewonnen hatte, fehlte der neuen Generation offensichtlich. Eine eindringendere Betrachtung zeigte überdies, wie sehr die neomarxistische Parlamentarismus-Kritik Ende der 1960er Jahre derjenigen ähnelte, die in den 1920er Jahren auf wirksam-verhängnisvolle Weise Carl Schmitt am parlamentarischen Regierungssystem geübt hatte²³. Beide kritischen Parlamentarismus-Theorien konvergierten im übrigen darin, daß sie die Realität des Parlamentarismus mit Kategorien attackierten, die aus der idealisierenden liberalen Theorie des 19. Jahrhunderts entwickelt waren, zum Beispiel mit dem Modell einer ‚diskutanten Öffentlichkeit‘, und einem historisch nie existenten Modell rationaler Entscheidungsbildung²⁴. Die Alternative zum nur begrenzt funktionstüchtigen

²² Hans Herzfeld, Einleitung, ebd., XV f.

²³ Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (Berlin 1926, ND 1969).

²⁴ Adolf M. Birke, Die Souveränität des viktorianischen Parlaments und die moderne Parlamentarismuskritik, in: Der Staat, Beiheft 1 (Berlin 1975) 59–73; Horst Möller, Parlamentarismus-Diskussion in der Weimarer Republik, in: Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Hans-Helmuth Knütter, Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift Karl Dietrich Bracher (Düsseldorf 1987) 140–157.

Reichsparlamentarismus der Weimarer Republik suchte die Interpretation nun in „rätedemokratischen“ Modellen und nicht mehr in der Analyse der Strukturdefekte des Parlamentarismus mit der Konstruktion einer krisenfesteren Form des Parlamentarismus, wie sie mit der Verfassungsordnung des Grundgesetzes entwickelt wurde.

Bei aller inhaltlichen Gegensätzlichkeit beider Problemstellungen konvergierten sie letztlich doch in einer formal ähnlichen Frage: Wie hätten die Überlebenschancen der Weimarer Republik erhöht und damit der Aufstieg des Nationalsozialismus wirksamer verhindert werden können? Daraus leitete die Räteforschung die Frage ab: Gab es Wege zu einer breiteren gesellschaftlichen Fundierung des aus der Revolution hervorgegangenen Staates? Konsequentermaßen mußte eine solche Betrachtung sich stärker auf die Begründung als auf die Auflösung der Republik richten, weil damals die Vorentscheidung für die politische Struktur des neuen Staates gefallen war.

Methodisch bildete eine wirkungsgeschichtlich-funktionale Interpretation wiederum den Angelpunkt. Noch stärker als bei der Analyse der Auflösung stellte sich die methodische Frage, in welchem Maße der nachlebende Historiker mit Alternativmodellen zur Erfassung der tatsächlichen historischen Entwicklung arbeiten kann. Die Aufbruchstimmung von 1969 „Mehr Demokratie wagen!“ wurde gewissermaßen ins Jahr 1919 zurückprojiziert, und so manche der 50-Jahresbetrachtungen zur Revolution 1918/1919 legt davon beredt Zeugnis ab.

Allerdings besaß auch diese Forschungsrichtung methodische und empirische Vorläufer seit Mitte der 1950er Jahre und politische bereits in der zeitgenössischen Diskussion. Die gegensätzliche Deutung der Revolution von 1918/1919 wurde gewissermaßen handbuchartig kanonisiert durch die neben Brachers *Auflösung der Weimarer Republik* lange Zeit wohl einflußreichste Sicht der ersten deutschen Demokratie, Karl Dietrich Erdmanns Handbuchdarstellung von 1959 (eine wesentlich erweiterte und aktualisierte Neuauflage erschien 1973). Diese nachhaltige Wirkung für die Gesamtbeurteilung der Weimarer Demokratie resultierte zum einen aus der souveränen Verarbeitung einer großen Materialfülle, zum anderen aber auch aus der Abgewogenheit, mit der Erdmann verschiedene Kontroversen darstellte. Nicht zuletzt aber dürfte die Übereinstimmung mit der im politischen Selbstverständnis der 1950er und frühen 1960er Jahre kulminierenden klaren Unterscheidung von Demokratie und totalitären Diktaturen eine Rolle gespielt haben. Sie kam bereits in der Überschrift des 1. Kapitels zum Ausdruck: „Rätestaat oder parlamentarische Demokratie?“ Erdmann würdigte die Leistung des sozialdemokratischen Vorsitzenden der Regierung der Volksbeauftragten und späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert und die wesentlich von ihm mitgestaltete mehrheitssozialdemokratische Politik in der revolutionären Übergangsphase: Zu seinen Verdiensten gehörte – wie Erdmann betonte – die Einheit des Reiches und Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet zu haben. Ohne für Fehlentwicklungen und politische Fehler der mehrheitssozialdemokratischen Führung blind zu sein, sah Erdmann doch keine prinzipielle Alternative zu ihrer Politik.

Über diese Frage kam es bereits 1955 zu einer wegweisenden und die Fronten klärenden Kontroverse, als Erdmann in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* seine Konzeption entwickelte und Erich Matthias ihm 1956 in der Zeitschrift *Die neue Gesellschaft* ebenfalls in einem kritischen Literaturbericht entgegentrat²⁵.

Erdmann hatte nicht nur eine Übersicht über die vorliegende Literatur von frühen Darstellungen der Zeitgenossen, wie die Ferdinand Friedensburgs (1946) und Friedrich Stampfers (1947) bis hin zu den Memoiren gegeben, sondern auch die wissenschaftliche Literatur einer kritischen Prüfung unterzogen. Dabei lenkte Erdmann den Blick auf die These vom „Dritten Weg“ zwischen Parlamentarismus und Bolschewismus, die bereits in der frühesten Gesamtdarstellung der Weimarer Republik, derjenigen Arthur Rosenbergs, entwickelt wurde und in der 1954 veröffentlichten Studie von Walter Tormin erstmals wissenschaftlich untersucht worden war: *Zwischen Räterediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Deutschen Revolution 1918/19*. Bereits die Beiträge von Tormin, Erdmann und Matthias umrissen eben jenes Forschungsproblem, dessen kontroverse Diskussion erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre voll entbrannte.

Erdmann beurteilte den 2. Band von Rosenbergs auf die Jahre 1918 bis 1923 konzentrierter Darstellung von 1935 als Beginn der wissenschaftlichen Erforschung der Weimarer Republik²⁶. Und in der Tat hatte Rosenberg außer reflektierter Problemorientierung die differenzierte Nachzeichnung machtpolitischer Verschiebungen sowie die Auswertung eines damals unveröffentlichten Quellenbestandes zu bieten – der Sitzungsprotokolle der Regierung der Volksbeauftragten. Erdmann setzte sich mit Rosenbergs Kernthese auseinander, derzufolge die Weimarer Republik zum Untergang verurteilt gewesen sei, weil die Revolution steckengeblieben und das Ziel einer sozialen Revolution verfehlt habe. In Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Militär seien die alten Machtpositionen der Monarchie unangetastet geblieben und wirtschaftliche Schlüsselindustrien nicht verstaatlicht worden. Mit Hilfe der Arbeiter- und Soldatenräte sei eine soziale Revolution möglich gewesen; eine Kombination zwischen Räten und Parlament hätte bei größerem revolutionärem Engagement der mehrheitssozialdemokratischen Führung die Chance zur stabileren Verankerung der Demokratie in Deutschland geboten.

Demgegenüber betonte Erdmann die „entscheidende Tatsache, daß das aus dem Zusammenbruch am 9. November hervorgegangene Regime in seiner Geburtsstunde von links her, nicht von rechts, mit Gewalt in seiner Existenz bedroht wurde“²⁷. Schon 1955 hatte er die Situation pointiert beschrieben. Damals bestand „die Wahl zwischen einem konkreten Entweder-Oder: die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps. Die Weimarer Republik ist das Ergebnis eines sozialistisch-konservativen Zweckbündnisses. Rosenbergs These, daß sie deshalb zugrunde ging, weil sie nicht unterbaut wurde durch eine soziale Revolution, ist falsch, weil im Gegenteil der Fehlschlag der sozialen

²⁵ Karl Dietrich Erdmann, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: VfZ 3 (1955) 1–19; Erich Matthias, Zur Geschichte der Weimarer Republik. Ein Literaturbericht, in: Die Neue Gesellschaft 3 (1956) 312–320.

²⁶ Rosenbergs immer wieder aufgelegte Geschichte der Weimarer Republik endet zwar erst mit dem Jahr 1930, doch widmet er den Jahren 1924 bis 1930 nur knapp 60 Seiten.

²⁷ In: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4 (Stuttgart 91973) 161.

Revolution überhaupt die Vorbedingung dafür war, daß sie als das bestimmte historische Phänomen ... ins Leben trat.“²⁸ Von dieser Position aus lehnte Erdmann die These ab, der Untergang der Republik sei zwangsläufig gewesen.

In seiner Antwort ging Erich Matthias davon aus, daß „trotz aller tiefgreifenden Unterschiede zwischen der Situation des gespaltenen Deutschlands von heute und der des Weimarer Staates die Kontinuität der Grundprobleme unserer staatlichen Existenz verblüffend“ sei. Matthias nahm Erdmanns Warnung vor einer fatalistischen Geschichtsbetrachtung ebenso auf wie dessen Mahnung, sich den Blick für die „Offenheit der Situation in Entscheidungsstunden“ nicht trüben zu lassen. Aber tatsächlich sei es Rosenberg, der diese Forderung beherzige, nicht Erdmann, der diesen gründlich mißverstehe. Erdmann reduziere eine ungeheuer komplizierte Situation auf eine viel zu einfache Alternative²⁹.

Der Gedanke, um den es Rosenberg gegangen sei, „daß die breite Mitte der gemäßigt sozialistisch-demokratischen deutschen Arbeiterschaft zugleich zum Kristallisationskern und zum sozialen Träger eines nationalen demokratischen Integrationsprozesses hätte werden können, läßt sich nicht ohne weiteres als utopische Phantasie beiseite schieben“. Die Frage nach den realen Chancen eines „dritten Weges“ lasse sich gerade nach der Studie von Tormin keineswegs von vornherein negativ beantworten. Wenngleich heutige Verfechter dieser gegenüber Erdmann revisionistischen Interpretation im allgemeinen den Begriff „dritter Weg“ für ungeeignet halten, so geht es doch noch immer um die politische Alternative zur Politik Eberts³⁰.

Die Beurteilungsgrundlage hat sich seit der ersten Diskussion von 1954–1956 und der Kontroverse auf dem Berliner Historikertag 1964³¹ erheblich verbessert. So publizierte die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien den Anregungen von Matthias folgend – und zum Teil von ihm bearbeitet – eine ganze Reihe grundlegender Editionen, die sowohl die Quellenbasis erweiterten, als auch eine andere einflußreiche These, die von Theodor Eschenburg, Weimar sei eine improvisierte Demokratie gewesen³², zum Teil modifizierten: So bearbeiteten Mat-

²⁸ Karl Dietrich Erdmann, in: VfZ 3 (1955) 7, 16.

²⁹ Erich Matthias, in: Die Neue Gesellschaft 3 (1956) 312.

³⁰ Vgl. zur Position der Anhänger einer von Rosenberg ausgehenden Interpretation u.a.: Reinhard Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19 (Wiesbaden 1968); ders., Demokratische Revolution und „dritter Weg“, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983) 278–301; Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik (München – Wien 1984) 153 ff. – Aus unterschiedlichen, in wesentlichen Punkten aber gegenteiligen Perspektiven u.a.: Wolfgang J. Mommsen, Die deutsche Revolution 1918–1920, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978) 362–391; Heinrich August Winkler, Die Sozialdemokratie und die Revolution 1918/19 (Berlin–Bonn 1979); Eckehard Jesse/Henning Köhler, Die deutsche Revolution 1918/19 im Wandel der historischen Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45/78 v. 11. Nov. 1978, 3–23; Möller, Weimar, 35 ff.

³¹ Bericht über die 26. Versammlung deutscher Historiker in Berlin (Beiheft GWU), Stuttgart 1965.

³² Theodor Eschenburg, Die Republik von Weimar. Beiträge zur Geschichte einer improvisierten Demokratie (Überarb. Neuausg. München 1984). Der Begriff – den Eschenburg zuerst 1951 aufnahm – wurde schon von Hugo Preuß im Oktober 1918 auf die Parlamentarisierung durch die Oktober-Reformen verwendet. Die Forschung hat seit der erwähnten Edition über den Interfrak-

thias und Morsey die 1959 veröffentlichte Edition *Der interfraktionelle Ausschuß 1917/18*, 1962 *Die Regierung des Prinzen Max von Baden*, und nach weiteren wichtigen Editionen erschienen 1969 in der Bearbeitung von Erich Matthias, Susanne Miller und Heinrich Potthoff die Akten der *Regierung der Volksbeauftragten 1918/19*, nachdem bereits 1968 Eberhard Kolb und Reinhard Rürup gemeinsam mit dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam und der erwähnten Bonner Kommission *Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik* publiziert hatten.

Auf der Basis neu erschlossener Quellenbestände veröffentlichte Eberhard Kolb schließlich 1962 die erste gründliche empirische Untersuchung, die zum Vorbild späterer Analysen dieser Art wurde: *Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919*. Ihr folgten bereits nach einem Jahr, ebenfalls in der Bonner Kommission, Peter von Oertzens *Betriebsräte in der Novemberrevolution*. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre setzte dann – stimuliert durch die genannten politischen Motive – eine intensive Diskussion ein. Erschien Friedrich Ebert bis zur Mitte der sechziger Jahre als ein Reichspräsident, auf den sich postum alle demokratischen Kräfte der Bundesrepublik hätten einigen können, so wurde er im Zuge der Kritik an der Großen Koalition seit 1966 von der politischen Linken zunehmend aus dem Sozialismus ausgebürgert und nahezu zum CDU-Mitglied – ebenso postum natürlich.

Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß die Rätebewegung von 1918/19 keineswegs politisch homogen und die sozialdemokratischen Räte gegenüber den radikalsozialistischen oder gar den spartakistisch-bolschewistischen Gruppen in der Mehrheit gewesen sind; die Radikalisierung der Rätmehrheit setzte tatsächlich erst um die Jahreswende 1918/19 ein. In der Einzelanalyse sind also zahlreiche und wichtige neue Forschungsergebnisse auf der Basis der seit Mitte der fünfziger Jahre gegebenen Anstöße erzielt worden. Doch hat das, anders als dies manchen Räteforschern scheinen mag, keineswegs zwangsläufig die prinzipielle Beurteilung der Entscheidungsalternativen von 1918/19 oder ihre langfristige Wirkung verändert. In dieser Frage bleiben trotz vieler Modifikationen im einzelnen die Positionen weiterhin kontrovers, auch wenn die Auseinandersetzungen abgeflaut sind.

Trotz der insgesamt also zweifellos veränderten Beurteilung der Räte bleibt der Dissens beispielsweise in folgenden Fragen bestehen: Ein politisches Räte-system ist mit der parlamentarischen Demokratie unvereinbar; ob mit ihr ein wirtschaftliches Räte-system vereinbar ist, bleibt umstritten. Ebenso bestreitbar ist, ob die Sozialisierung der Wirtschaft auch nur eine einzige der schweren Hypotheken der Weimarer Republik beseitigt und nicht vielmehr neue geschaffen hätte. Hier handelt es sich um ein politisches Credo, nicht eine geschichtswissenschaftlich fundierbare Aussage zu den Weichenstellungen von 1918/1919. Schließlich muß die Frage beantwortet werden, mit

tionellen Ausschuß 1917/18 immer stärker gezeigt, daß in den letzten Kriegsjahren wichtige Vorentscheidungen in Richtung auf die Parlamentarisierung fielen, zu denen vor allem auch die Neugruppierung des Parteiensystems mit der Präfiguration der späteren Weimarer Koalition zählte. Die Politik der Mehrheitssozialdemokratie im Winter 1918/19 muß auch unter diesem Aspekt gesehen werden, wodurch dann der Begriff Improvisation relativiert wird.

welchen Gruppierungen und welchen der meist ja nur diffusen – untereinander überdies konkurrierenden – Rätemodellen ein Kompromiß erreichbar und machtpolitisch durchsetzbar gewesen wäre, welches dieser Modelle schließlich auch nur auf der Linken mehrheitsfähig gewesen ist. Die Frage des Bündnispartners ist ganz entscheidend, und tatsächlich funktionierte bereits die Zusammenarbeit mit der USPD nicht: Das lag keineswegs allein an der SPD-Führung, sondern mindestens im gleichen Maße an der Heterogenität der USPD, in der die Priorität einer souveränen Nationalversammlung nicht akzeptiert wurde. Vielmehr sprach man dort offen von einer Diktatur auf Zeit: Zunächst sollten die sozialistischen Zielsetzungen erreicht und dann erst die Nationalversammlung einberufen werden, weil man deren abweichende Mehrheit fürchtete. Ein demokratisches Verfahren wäre dies jedenfalls nicht gewesen. Hier zeigt sich im übrigen der Pferdefuß einer Interpretation, die den Demokratiebegriff nicht formal verstehen, sondern mit bestimmten gesellschaftspolitischen und ideologischen Inhalten füllen will. Tatsächlich schließt ein erheblicher Teil solcher inhaltlich-politischer Wertungen die politischen – oder gesellschaftlichen! – Gegner aus der Demokratie aus, weil sie andere oder gegenteilige Inhalte vertreten. Der Grundsatz: „Was Demokratie ist, bestimme ich“, gefährdete tatsächlich 1918/19 – wie grundsätzlich – die Demokratie: Die Politik der USPD demonstrierte das zweifelsfrei – das Prinzip der Volkssouveränität, das sich nur in einer freien Wahl konkretisieren kann, sollte zeitweise suspendiert werden, weil man sich der Mehrheit nicht sicher war. Gerade weil zur Demokratie die Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit der Meinungen ebenso wie verfassungsrechtlich geregelte Konfliktaustragung und Entscheidungsbildung wesensnotwendig gehören, kann sie nur formal definiert werden, nur so sichert sie die Pluralität der politischen Richtungen. Daran ändert die schon 1919 zu hörende und von Hugo Preuß zu Recht zurückgewiesene Polemik gegen „bloß formale Demokratie“ nichts: Demokratie beinhaltet nicht eine bestimmte politische Richtung, sondern sichert die Möglichkeit aller politischen Richtungen, die sich an die Spielregeln halten. Friedrich Ebert und die Mehrheitssozialdemokratie hat dies 1918/1919 verstanden, große Teile der USPD und der radikalen Räte nicht – trotz der schönen Maxime von Rosa Luxemburg, Freiheit sei immer die Freiheit des Andersdenkenden.

Schließlich ist in bezug auf dritte, vierte und fünfte Wege 1918/1919 zu bedenken: Die möglichen Alternativen sind vom Historiker nur als Hypothesen zu formulieren – sie haben den Vorzug, sich in der Realität nicht mehr bewähren zu können. Ihre möglichen Mängel sind also weniger offensichtlich als beim tatsächlich eingeschlagenen Kurs: Und über einige gravierende Fehler der mehrheitssozialdemokratischen Führung ist schnell Einigkeit zu erzielen, da wir, anders als die Akteure, die Folgen – das Scheitern der demokratischen Republik und die NS-Diktatur – kennen.

VI

Alles in allem bleiben also viele Fragen offen. Entscheidend sind aber auch hier die Anregungen, die von den Forschungen der fünfziger und sechziger Jahre ausgegangen sind und die ihren Wert behalten, selbst wenn in der Außenpolitik, der Wirtschafts-

und Sozialgeschichte, insbesondere der Inflationsforschung, der historischen Wahlforschung, der Analyse des Parlamentarismus und der Parteien, der Regional- und Lokalgeschichte neue Wege beschritten werden. Die erwähnte Konzentration auf die Auflösung und dann die Begründung der Weimarer Republik fand sogar im Erscheinungsjahr einschlägiger Sammelbände wichtiger Aufsätze Ausdruck: Zuerst veröffentlichten Werner Conze und Hans Raupach das Sammelwerk, *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929–1933* (1967), dem schon 1968 der Sammelband von Gotthard Jasper, *Von Weimar zu Hitler*, an die Seite trat. Es folgte der von Eberhard Kolb herausgegebene Band *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik* (1972).

Neben weiteren Untersuchungen zur Auflösungsphase wie Thilo Vogelsangs *Reichswehr, Staat und NSDAP* (1962) traten schon früh Darstellungen zu einzelnen zentralen Problemen, ohne doch einen Forschungsschwerpunkt mit Beteiligung zahlreicher Forscher zu bilden. So legte Gerhard Schulz 1963 eine der ersten großen Untersuchungen zum Preußen-Problem und den Reichsreformbestrebungen vor, die die Jahre 1919 bis 1930 behandelte und damit wie Michael Stürmers Untersuchung *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928* (1967) zu den damals noch wenigen empirischen Studien über die mittleren Jahre zählte. Bei unterschiedlicher Thematik behandeln beide Bücher Problemzonen der Verfassungsstruktur bzw. -praxis. In bezug auf die Preußen-Thematik, aber auch die Entwicklung des Parlamentarismus, haben einige Autoren in den letzten Jahren eine andere Fragestellung und Perspektive gewählt, die, von der föderativen Struktur des Weimarer Staates ausgehend, einen konstruktiven Beitrag der Länder zur Geschichte des Parlamentarismus in den Blick nimmt und gewissermaßen komplementär zur Analyse der Strukturdefekte des Reichsparlamentarismus durch Karl Dietrich Bracher nach realisierten Alternativen auf Länderebene fragt. Neben den allerdings bisher nur zeitlich oder sachlich begrenzten Untersuchungen vor allem zur Parteigeschichte kleinerer Länder steht nun aufgrund seiner politischen Bedeutung und Größe das sich auf zwei Drittel des Reichsterritoriums erstreckende und drei Fünftel der Reichsbevölkerung beherbergende Preußen im Mittelpunkt. Dazu liegt inzwischen eine Gesamtanalyse des preußischen Parlamentarismus von 1918/19 bis 1932/33 vor, die Preußen nicht mehr in erster Linie als Belastungsfaktor des Weimarer Staates ansieht, sondern aufgrund verfassungsgeschichtlicher, sozialgeschichtlicher und politischer Befunde wegen seiner bis 1932 funktionierenden konsequenten Form der parlamentarischen Demokratie Preußen eher stabilisierende Wirkung attestiert. Die vergleichende Reich-Preußen-Perspektive könnte mithin für eine Gesamtbeurteilung der Weimarer Republik fruchtbar werden³³.

Zu denjenigen Sektoren, in denen ebenfalls ein erheblicher Wandel in Fragestellung, Ergebnissen und Bewertungen eingetreten ist, zählt zweifelsfrei die Außenpolitik des Weimarer Staates, auch hier war zeitweise das erkenntnisleitende Interesse der

³³ Horst Möller, *Parlamentarismus in Preußen 1919–1932* (Düsseldorf 1985). (Dort auch weitere Literatur). Mit biographischer Thematik: Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung (Frankfurt/M. 1977) – eine der wenigen herausragenden Biographien zur Gesch. der Weimarer Republik.

Zeit nach 1945, bzw. 1949 unverkennbar. Anfänglich stand die Erforschung der Weimarer Außenpolitik noch im Banne der Weimarer Tradition, die im Versailler Friedensvertrag eine der gravierendsten Belastungen der jungen deutschen Demokratie sah und derzufolge die Deutschlandpolitik der Alliierten für ihr Scheitern mitverantwortlich macht. Im Hinblick auf die Ausgangsfrage korrespondierte also die außenpolitische mit der innenpolitischen Thematik. Allerdings zeichnete sich angesichts der ungleich schwereren Konsequenzen, die der Zweite Weltkrieg für das Deutsche Reich brachte, bereits ein Wandel der Perspektive ab. So wies Gerhard Ritter bereits 1948 auf die außenpolitischen Chancen während der 1920er Jahre hin. Die Ungeduld gegenüber dem Versailler Vertrag sei verhängnisvoll gewesen, habe sie doch die Augen davor verschlossen, „daß die Weimarer Republik ohnedies, trotz aller Schwankungen und Nöte, langsame, aber stetige Fortschritte machte auf dem Wege zu einer Wiederaufnahme Deutschlands in die europäische Staatengemeinschaft und zu einer Befreiung von dem Druck der Reparationszahlungen, ja sogar zur Lockerung der Rüstungsbeschränkungen. Sehr viele, vielleicht die meisten Deutschen verkannten die überaus günstigen Chancen eines politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstiegs, die unsere europäische Mittellage gegen Ende der zwanziger Jahre einer geduldischen, stetigen und wahrhaft friedfertigen deutschen Politik bot.“³⁴

Tatsächlich wird heute der Versailler Vertrag, vor allem aufgrund der Untersuchungen französischer und amerikanischer Historiker – weniger als „Diktat“ denn als Kompromißfrieden der Alliierten beurteilt, der einerseits für Frankreich nur einen Teil der Ziele erfüllte, andererseits Deutschland nur kurzfristig in den Rang einer zweitrangigen Macht herabdrückte: Mittel- und langfristig ließ der Vertrag jedoch die deutsche Großmachtstellung unangetastet. Deutschlands wirtschaftliche Dominanz auf dem Kontinent beeinträchtigte er zwar zeitweise, beseitigte sie aber nicht dauerhaft. Infolge dieser Ergebnisse stehen die Erfolge der außenpolitischen Revisionspolitik stärker im Vordergrund der Betrachtung.

Diese Erfolge verdankte die Republik weitgehend der Außenpolitik Gustav Stresemanns. Die durch ihn erreichte Verminderung des Mißtrauens der westlichen Nachbarstaaten und der USA spielte noch Jahre später eine Rolle, als die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die katastrophale ökonomische Situation des Reiches und die sie für eine Revision instrumentalisierende Politik Brünnings die endgültige Streichung der alliierten Reparationsforderungen auf der Konferenz von Lausanne im Juni/Juli 1932 erlaubte – auch wenn dieser Erfolg dann von der Regierung Papen für sich beansprucht wurde.

Stresemanns Persönlichkeit und politische Zielsetzung gab und gibt bis heute Rätsel auf³⁵: Trotz zahlreicher Einzeluntersuchungen und biographischer Studien steht eine umfassende und befriedigende Biographie noch immer aus, wie es überhaupt an

³⁴ *Gerhard Ritter*, *Europa und die deutsche Frage* (München 1948) 196/197.

³⁵ Aus der umfangreichen Stresemann-Literatur: *Henry Ashby Turner*, *Stresemann – Republikaner aus Vernunft* (Berlin–Frankfurt/M. 1968); *Felix Hirsch*, *Stresemann. Ein Lebensbild* (Göttingen 1978); *Michael-Olaf Maxelon*, *Stresemann und Frankreich 1914–1929* (Düsseldorf 1972); *Wolfgang Michalka/Marshall M. Lee* (Hrsg.), *Gustav Stresemann* (Darmstadt 1982).

wirklich großen Biographien der führenden Politiker der Weimarer Zeit bis heute mangelt. Da Stresemann während des Ersten Weltkrieges lange Zeit zu den Annexionisten zählte und die von ihm geführte DVP den Boden der demokratischen Republik nach 1919 nur zögernd betrat, galt er den einen nach wie vor als verkappter nationaler Monarchist, den anderen aber seit Mitte der 1920er Jahre als Europäer. Das eine dürfte so falsch sein wie das andere. Tatsächlich war Stresemann nicht allein ein Realpolitiker, der sich auf den Boden der Tatsachen stellte, vielmehr zählte er zu den nicht sehr zahlreichen bedeutenden deutschen Parlamentariern, der sich spätestens seit 1917 mit Vehemenz für eine Stärkung des Reichstags und schließlich ein parlamentarisches System einsetzte und seit 1923 zunehmend zu einem Aktivposten des Weimarer Staates entwickelte, auf den man nicht verzichten konnte. Seine Persönlichkeit und Politik dokumentieren aber auch, in welchem Maße während der Weimarer Republik Innen- und Außenpolitik in einem engen Wechselverhältnis standen. Kaum ein zentrales reichspolitisches Problem blieb ohne außenpolitischen Bedingungs Zusammenhang und umgekehrt. Fast jeder der zahlreichen Regierungsrücktritte resultierte auch oder völlig aus außenpolitischen Gründen. Der methodische Streit über ein Primat der Innen- oder Außenpolitik erweist sich in diesem Kontext als theoretisch.

Stresemanns außenpolitische Maximen blieben indes am nationalen Interesse orientiert, und das galt auch für die übrigen führenden Politiker dieser Jahre, Aristide Briand eingeschlossen. Und wie alle anderen deutschen Spitzenpolitiker wollte er wesentliche Bestimmungen des Versailler Vertrages zugunsten Deutschlands revidieren – allerdings auf der Basis der Verständigung mit Frankreich, des Gewaltverzichts und deutsch-amerikanischer sowie deutsch-französischer Wirtschaftsabkommen, schließlich auch mit Hilfe der Elemente einer europäischen Friedensordnung. Diese Ziele gingen angesichts der damaligen innenpolitischen Probleme und der Struktur der internationalen Beziehungen nach 1919 sehr weit, hatten aber doch wenig mit den europäischen Einigungsbemühungen zu tun, die in den 1950er Jahren die anachronistische Bewertung Stresemanns als eines ‚Europäers‘ stimulierten.

Nicht allein die Bewertung Stresemanns ist realistischer – und das heißt dem zeitgenössischen Kontext näher – geworden, auch die der zentralen außenpolitischen Probleme wie das Verhältnis der Weimarer Republik zu Sowjetrußland³⁶, vor allem aber die Bewertung der die Zeitgenossen erhitzenen Reparationsfrage³⁷.

Allerdings ändert dieser wichtige Befund nichts an der Tatsache, daß u. a. aufgrund der zeitgenössischen Überschätzung das Reparationsproblem psychologisch von größ-

³⁶ Theodor Schieder, Die Probleme des Rapallo-Vertrages. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen 1922–1926 (Köln–Opladen 1956); Karl Dietrich Erdmann, Deutschland, Rapallo und der Westen, in: VfZ 11 (1963) 105–165; Hermann Graml, Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung, in: VfZ 18 (1970) 366–391; Klaus Hildebrand, Das Deutsche Reich und die Sowjetunion im internationalen System, 1918–1932 (Wiesbaden 1977); Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hrsg.), Die Internationalen Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933 (München 1980).

³⁷ Peter Krüger, Deutschland und die Reparationen (Stuttgart 1973); ders., Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht. Kritische Überlegungen zur neuesten Forschung, in: VfZ 29 (1981) 21–47; (dort weitere Lit.).

ter innenpolitischer Bedeutung gewesen ist: Es existiert kein zweites zentrales Ziel, über das sich fast alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte der Weimarer Republik so einig waren, wie das der Forderung nach Revision des Versailler Vertrags – und zu ihm gehörten auch die Reparationsforderungen. Michael Salewski sprach zutreffend von einem „Revisionssyndrom“. Trotz des heutigen Kenntnisstandes und des historiographischen Perspektivenwandels des letzten Jahrzehnts muß der Historiker die zeitgenössische Befangenheit ernstnehmen und auch sehen, daß in einem Bündel von Belastungsfaktoren jedes zusätzliche Problem, mag es auch für sich genommen begrenzt sein, große Bedeutung gewinnt.

Die Weimarer Außenpolitik hat zwar mit Ludwig Zimmermanns Buch *Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik* (1958) schon früh eine Gesamtdarstellung erfahren, doch blieb diese noch stark in der nationalen Perspektive der Zwischenkriegszeit befangen; ihre forschungsgeschichtliche Bedeutung erhellt indes auch daraus, daß es nahezu dreißig Jahre dauerte, bis eine neue Gesamtdarstellung erschien, die in erheblichem Ausmaß neues Aktenmaterial und die umfangreiche Einzelforschung verarbeiten konnte, Peter Krügers Buch *Die Außenpolitik der Republik von Weimar* (1985)³⁸.

Zu den umfangreicheren Forschungsschwerpunkten, die sowohl außen- wie innenpolitische Dimensionen besaßen, zählt neben den schon seit den fünfziger und sechziger Jahren kontinuierlich betriebenen Untersuchungen zur Reichswehr³⁹, die sich auf militärgeschichtliche Themen im engeren Sinn, das Verhältnis von Reichswehr und Politik, aber auch auf militärische und politische Kampfverbände konzentrierte⁴⁰, immer stärker die Erforschung der Wirtschaftsgeschichte und der Sozialpolitik.

Zwar hatte es auch auf diesem Feld neben Detailstudien früh Zusammenfassungen gegeben – beispielsweise Gustav Stolpers schon 1950 publizierten Überblick, der 1964 in neuer Bearbeitung durch Karl Häuser und Knut Borchardt unter dem Titel *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1870* wieder aufgelegt wurde. Wie bei Stolper handelte es sich bei den Verfassern anderer größerer Gesamtdarstellungen einzelner Sektoren oftmals noch um beteiligte Zeitgenossen und nicht Historiker im engeren Sinn. Dies gilt etwa für Willibald Apelt und seine zuerst 1964 publizierter *Geschichte der Weimarer Verfassung*, die bis zu Ernst Rudolf Hubers monumentaler Verfassungsgeschichte, de-

³⁸ Vgl. zur Forschungsentwicklung zuletzt die Übersicht bei *Peter Krüger*, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung (München 1986) 210 ff. Den umfangreichen Akteneditionen kommt auch für diese Thematik große Bedeutung zu. Das gilt insbes. für die beiden umfangreichsten, die Akten der Reichskanzlei 1968 ff. sowie die Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1966 ff. (Vgl. *Möller*, Weimar, 237 ff.).

³⁹ Zusammenfassende Darstellung bei *Rainer Wohlfeil/Edgar Graf von Matuschka*, Reichswehr und Republik 1918–1933 (= Deutsche Militärgeschichte), hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. III,2 (Herrsching 1983); *Hans Meier-Welker*, Seeckt (Frankfurt/M. 1967); *Michael Salewski*, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927 (München 1966); *Michael Geyer*, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936 (Wiesbaden 1980).

⁴⁰ Stellvertretend *Karl Robe*, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Düsseldorf 1966); *Volker R. Bergbahn*, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935 (Düsseldorf 1966).

ren Weimar betreffende Bände 1978 bis 1984 erschienen, die einzige umfassende Darstellung blieb. Und auch Ludwig Prellers *Sozialpolitik in der Weimarer Republik* (1949) war das Werk eines Zeitgenossen. So verdienstvoll und unverzichtbar diese Werke für Jahrzehnte blieben, so sehr wandelten sich seit den siebziger Jahren das Forschungsinteresse und die Methoden. Dies dokumentieren etwa neuere interdisziplinäre Untersuchungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik im allgemeinen sowie die Inflationsforschung im besonderen.

VII

Erste knappe Übersichtsdarstellungen von Hans Herzfeld, der die Weimarer Republik im übrigen schon in seinem weit ausholenden Werk *Die moderne Welt 1789–1945*, das zuerst 1951 erschien und danach immer wieder überarbeitet wurde, behandelt hatte, und Werner Conze (zuerst 1953) waren ebenso wie Helmut Heibers erstmals 1966 erschienene, nach Auflagenhöhe wohl erfolgreichste Weimar-Darstellung für einen breiteren Leserkreis bestimmt. Die umfangreicheren Handbuchdarstellungen von Albert Schwarz 1958 und Karl Dietrich Erdmann 1959 boten dann bereits eine Synthese der bis dahin erarbeiteten Einzelforschung, nachdem der nach England emigrierte Jurist und Historiker Erich Eyck, seine eingehende zweibändige *Geschichte der Weimarer Republik* 1954/1956 in der Schweiz publiziert hatte.

Eyck schrieb sein Werk, wie oft betont worden ist, vom Standpunkt liberaler Kritik an der Weimarer Republik aus, es bildet in vielen Passagen den Bericht eines klugen zeitgenössischen Beobachters. Doch paßte Eycks Buch mit seiner Kritik am mangelnden Kampfeswillen der Weimarer Demokraten gegen den Extremismus von Rechts und Links durchaus in den vorhin erwähnten antitotalitären Konsens. Eycks flüssige Darstellung, die die innen- und außenpolitische Geschichte der Republik unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Probleme in klassischer Weise erzählt, ist noch immer lesenswert, in bezug auf die allgemeine politische Geschichte ist sie bis heute am ausführlichsten und blieb bis zu Hagen Schulzes Werk von 1982 die einzige umfassendere deutsche Gesamtdarstellung neben den Handbüchern.

Insgesamt legte also die seit Mitte der fünfziger Jahre einsetzende historische und politikwissenschaftliche Weimar-Forschung eine eindrucksvolle Bilanz vor, die zugleich ein differenziertes Bild dieser Zeit wie eine Gesamtbeurteilung bietet⁴¹. Trotzdem bedürfen zahlreiche Themen weiterer Untersuchungen. Die bei den großen Forschungsschwerpunkten und problemorientierten Analysen naturgemäß stärker als bei den tausenden von Detailstudien zutage tretende Stimulierung geschichtswissenschaftlichen Interesses durch die politische Entwicklung der Bundesrepublik ist für

⁴¹ Jüngste Abrisse z. T. mit Forschungsberichten von Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*; sowie Möller, *Weimar* (aufgrund der Reihenkonzepktion liegt der Schwerpunkt auf der Entwicklung des politischen Systems bis 1930), schon früher Karlheinz Dederke, *Reich und Republik 1917–1933* (Stuttgart 1969 u.ö.); Heinz Hürten, *Zwischenkriegszeit und Zweiter Weltkrieg* (Stuttgart 1981, Studienbuch Geschichte. Hrsg. von Reinhard Elze und Konrad Repgen, Heft 10).

die Erforschung der Weimarer Republik immer dann außerordentlich fruchtbar geworden, wenn sie zu neuen Problemstellungen angeregt, diese dann aber in wissenschaftlichen Verfahrensweisen am historischen Gegenstand selbst objektiviert hat. Geschichtswissenschaft kann und muß sich durch die Gegenwart und ihre politischen Probleme anregen lassen, darf aber nicht dabei stehen bleiben, wenn sie Wissenschaft sein will: Politisches Interesse darf den Ausgangspunkt, nicht aber Methode und Ziel einer wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte prägen.